

36. Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung Wiesbaden, vom 13. bis 15. Mai 1985

Rechtsgefühl, Rechtsfortbildung und Richterrecht

Professor Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, Bochum

1. Grundlagen des Themas
 - 1.1. Rechtsfortbildung
 - 1.1.1. Begriff
 - 1.1.2. Wortsinnngrenze
 - 1.2. Rechtsgefühl
 - 1.2.1. Begriff und Erscheinungsformen
 - 1.2.2. Zur Kritik am Geldbußen-Beschluss des Großen Senats
 - 1.3. Richterrecht
 - 1.3.1. Die verschiedenen Grundpositionen
 - 1.3.2. Rechtswidriges Richterrecht
 - 1.4. Fallgruppen des Richterrechts
 - 1.4.1. Sonderbetriebsvermögen
 - 1.4.2. Weitere Fälle des Richterrechts
 - 1.5. Fälle verweigerter Rechtsfortbildung
 - 1.5.1. Beispiele
 - 1.5.2. Zur Aufgabe der Geprägerechtsprechung
2. Rechtsfortbildung
 - 2.1. Voraussetzungen und Gründe
 - 2.1.1. Allgemeines
 - 2.1.2. Speziell zur Liebhaberei
 - 2.2. Feststellung der Regelungslücken
 - 2.3. Besonderheiten des Steuereingriffs
3. Rückanknüpfungsprobleme
4. Schlussbemerkung

Die Unternehmensbesteuerung aus der aktuellen Sicht des Gesetzgebers, der Verwaltung und der Rechtsprechung

Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, BMF, Bonn

- I. Wirtschaftsentwicklung und Steuerbelastung der Unternehmen
- II. Tarifsenkung und/oder Neuregelung der Unternehmensbesteuerung
- III. Änderungsüberlegungen zur Körperschaftsteuer
 1. Vereinfachung des KSt-Anrechnungsverfahrens
 2. Steuerrechtliche Behandlung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung
- IV. Folgerungen aus dem Beschluss des Großen Senats des BFH GrS 4/82 vom 25.6.1984 (BStBl II 1984, 751)
- V. Zur Behandlung von Pensionszahlungen an Gesellschafterwitwen
- VI. Aktuelle Fragen zur Betriebsaufspaltung, insbesondere zu den Folgerungen beim Wegfall der personellen Voraussetzungen
- VII. Zum Stand der Beratungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzesentwurfs im Deutschen Bundestag

Unternehmensbesteuerung aus europäischer Sicht

Robert Goergen, Direktor für Steuerfragen bei der EG-Kommission, Brüssel

Einleitung

- I. Beseitigung steuerlicher Hindernisse bei der Zusammenarbeit der Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten
 1. Vorschlag für ein gemeinsames Steuersystem für Fusionen, Spaltungen und Einbringung von Unternehmensteilen
 2. Vorschlag für ein gemeinsames Steuersystem für Mutter- und Tochtergesellschaften
 3. Schiedsverfahren zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei verbundenen Unternehmen
- II. Harmonisierung der Körperschaftsteuersysteme
- III. Harmonisierung der steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften der Unternehmen
- IV. Andere Steuerprobleme im Unternehmensbereich
- V. Bekämpfung der Steuerflucht und Steuerhinterziehung

Schlusswort

1. Generalthema

Aktuelle Fragen aus der Betriebsprüfung

unter Leitung von
Rechtsanwalt Helmut Becker, Düsseldorf Fachanwalt für Steuerrecht

und Mitwirkung von
Dr. Alfred Christiansen, Regierungsdirektor, Bonn Bundesamt für Finanzen
Dr. Horst-Dieter Höppner, Bonn-Bad Godesberg Vizepräsident des Bundesamtes für Finanzen
Dipl.-Kfm. Max A. Hofbauer, München, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Klaus Paluch, Regierungsoberrat Finanzamt Frankfurt Börse
Direktor Wolfgang Ritter, Ludwigshafen, Direktor BASF, Zentralbereich, Recht, Steuern, Versicherung
Arnold Wilhelmsen, Köln, Leiter der Abteilung Steuer- und Finanzpolitik im Bundesverband der Deutschen Industrie

Teil I:

Einführungsreferate

1. Die derzeitige Prüfungspolitik
Dr. Horst-Dieter Höppner, Bonn-Bad Godesberg
Vizepräsident des Bundesamtes für Finanzen
 - I. Prüfungsfeststellungen des Bundesrechnungshofes
 - II. Die Lage der deutschen Betriebsprüfung
 - III. Verbesserungsvorschläge
 1. Beschleunigung der Prüfung
 2. Personalverstärkung
 3. Beschleunigte Prüfung von Rechtsfragen
2. Stellungnahme aus der Sicht geprüfter Unternehmen
Direktor Wolfgang Ritter, Ludwigshafen
Ministerialrat a.D., Leiter des Zentralbereichs Recht, Steuern und Versicherung der BASF
Aktiengesellschaft

Teil II:

Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern
an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

- Fall 1 (BECKER): Bewertung von Halb- und Fertigerzeugnissen bei hohen Leerkosten
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 1
- Fall 2
(CHRISTIANSEN): Retrograde Bewertung neuer Produkte mit hoher Einführungswerbung
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 2
- Fall 3 (HOFBAUER): Anhaltewerte bei lang währenden Jahresverlusten
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 3
- Fall 4 (BECKER): Rückstellung von Jubiläumszuwendungen
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 4
- Fall 5 (WILLEMSEN): Rückstellungen für künftige Beiträge an den PSV aG
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 5
- Fall 6 (HOFBAUER): Rückstellungen für Vorruhestandsbezüge
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 6
- Fall 7 (HOFBAUER): Vermögensteuerliche Behandlung von Rücklagen gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 2
EntwHStG
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 7
- Fall 8 (WILLEMSEN): Mittelbarer (Zins)-aufwand bei Schachtelbeteiligungen an ausländischen
Gesellschaften
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 8
- Fall 9 (HÖPPNER): Beschränkung des Kreises der betrieblichen Auskunftspersonen
Lösungshinweise
Aussprache zu Fall 9

2. Generalthema

Gesellschaftsrechtliche Unternehmenspraxis — aktuelle Probleme im Lichte der neueren Rechtsprechung

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Notar Dr. Hans Joachim Priester, Hamburg

Professor Dr. Karsten Schmidt, Hamburg

unter Leitung von

Dr. Alfred Kellermann, Karlsruhe Richter am Bundesgerichtshof

1. Erbrechtliche Nachfolge in ein Einzelunternehmen
2. Weitere Einschränkung der Buchwertklauseln?
3. Kapitalersetzende Kredite und Sicherheiten unter Beteiligung Dritter
4. Neue Kapitalschutzhaftung bei der GmbH
5. Komplementärvermögen und Kommanditistenhaftung
6. Haftungsdurchgriff auf Gesellschafter und Treuhänder

3. Generalthema

Ausgewählte ertragsteuerliche und verkehrssteuerliche Überlegungen zu Gestaltungen von Vermögensübergängen im betrieblichen und privaten Bereich

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltung und Lösungshinweisen

Referent und Bearbeiter der Arbeitsunterlage

Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Ebeling, Hannover, Fachanwalt für Steuerrecht

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern

unter Leitung von

Professor Dr. Ludwig Schmidt, München, Richter am Bundesfinanzhof

und Mitwirkung von

Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, Bonn, Bundesfinanzministerium

Ministerialrat Dr. Jürgen Nolte, Bonn, Bundesfinanzministerium

- I. Forderungsschenkung und anschließende Darlehensgewährung in Familienunternehmen aus ertragsteuerlicher Sicht
 - Fall 1:
Handschenkung durch Schenker und anschließender Darlehensvertrag zwischen Beschenktem und Einzelunternehmen des Schenkers
Lösungshinweise
Aussprache
 - Fall 2:
Schenkungsteuerrechtliche Auswertung der mit einer Geldschenkung verbundenen Darlehensgewähr
Lösungshinweise
Aussprache
 - Fall 3:
Handschenkung durch Schenker und anschließende Begründung eines echten stillen Gesellschaftsverhältnisses zwischen Beschenktem und Einzelunternehmen des Schenkers
Lösungshinweise
Aussprache

Fall 4:
Darlehensschenkungen im Rahmen einer Personenhandelsgesellschaft
Lösungshinweise
Aussprache

- II. Gegenleistungen des Vertragserben zu Lebzeiten des Erblassers sowie Gegenleistungen des Beschenkten zu Lebzeiten des Schenkers im Falle einer Schenkung auf den Todesfall und deren einkommensteuerliche und erbschaftsteuerliche Folgen

Fall 1:
Gegenleistungen des Vertragserben zu Lebzeiten des Erblassers
Lösungshinweise
Aussprache

Fall 2:
Gegenleistungen des Beschenkten zu Lebzeiten des Schenkers im Falle einer Schenkung auf den Todestag
Lösungshinweise
Aussprache

- III. Vermeidung einer gemischten oder Auflagenschenkungen durch Gründung einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts zwecks Schenkungsteuerersparnis

Fall
Lösungshinweise
Aussprache

- IV. Hinterbliebenenbezüge als Betriebsausgaben oder Sonderbetriebsausgaben und deren erbschaftsteuerliche Beurteilung

Fall
Lösungshinweise
Aussprache

- V. Erfüllung von Pflichtteilsforderungen mit unbeweglichem Betriebsvermögen
— Zurechnung des Entnahmegewinns
— Abschreibungsgrundlage des Pflichtteilsberechtigten
— Erbschaftsteuerlicher Wertansatz bei dem Verpflichteten und bei dem Empfänger

Fall
Lösungshinweise
Aussprache

- VI. Pensionsgeschäfte unter Familienangehörigen unter Berücksichtigung des BdF-Erlasses vom 28.6.1984, BStB1 I 1984, 394

Fall
Lösungshinweise
Aussprache

4. Generalthema

Folgen aus dem Beschluss des Großen Senats des Bundesfinanzhofs vom 25. Juni 1984

Kapitalistische KG, Geprägerrechtsprechung, Gewinnerzielungsabsicht und Mitunternehmereigenschaft

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern

unter Leitung von:

Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupach, München Fachanwalt für Steuerrecht

unter Mitwirkung von:

Dr. Dr. rer. pol. h.c. Georg Döllerer, München Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Professor Dr. Brigitte Knobbe-Keuk, Bonn Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, Bonn Bundesfinanzministerium Dr. Lothar Woerner, München, Richter am Bundesfinanzhof

Teil I:

Der Beschluss des Großen Senats des Bundesfinanzhofes GrS 4/82 vom 25. Juni 1984

Professor Dr. Joachim Schulze-Osterloh, Berlin

- I. Überblick
- II. Ablehnung der Körperschaftsteuerpflicht der GmbH & Co. KG
 1. Die typische GmbH & Co. KG
 2. Die Publikums-GmbH & Co. KG
- III. Aufgabe der Gepräge-Rechtsprechung
 1. Qualifikation der Einkünfte der GmbH & Co. KG
 - a) Gepräge-Rechtsprechung
 - b) Aufgabe der Gepräge-Rechtsprechung
 - c) Wiedereinführung der Gepräge-Theorie durch den Entwurf eines Gesetzes zur vordringlichen Regelung von Fragen der Besteuerung von Personengesellschaften
 2. Überschusseinkünfte einer Vermögensverwaltungs-Personengesellschaft und ihre Zurechnung bei den Gesellschaftern
 - a) Das Problem
 - b) Maßgeblichkeit der rechtlichen Struktur der Personengesellschaft
 - c) Zuordnung zu Einkunftsarten bei gemeinschaftlicher Einkunftserzielung
 - d) Ergebnis
 3. Atypische GmbH & Still
 4. Auswirkungen auf andere juristische Konstruktionen der Steuerrechtsprechung
 - a) Betriebsaufspaltung
 - b) Mehrmütterorganschaft
 - c) Folgerungen
- IV. Einkunftserzielungsabsicht und Liebhaberei
 1. Gewinnerzielungsabsicht
 2. Liebhaberei
- V. Mitunternehmer
 1. Merkmale des Mitunternehmers
 2. Rechtsfolgen bei Verneinung der Mitunternehmerstellung
 - a) Abgrenzung
 - b) Zurechnung in nichtgewerblicher Einkunftsart
 - c) Verneinung von Einkünften
- VI. Würdigung des Beschlusses vom 25. Juni 1984

Teil II:

Fallsammlung/Stellungnahme

1. Fallsammlung und Lösungshinweise

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage

Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupach, München Fachanwalt für Steuerrecht

Professor Dr. Joachim Schulze-Osterloh, Berlin

Dipl.-Kfm. Dr. Elisabeth Strobl, München Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

- A) Auswirkungen des Beschlusses des Großen Senats trotz des Regierungsentwurfs
- I. Auswirkungen auf die laufende Besteuerung von Personengesellschaften ohne Beteiligung einer Kapitalgesellschaft
 1. Bestimmung der Einkunftsart von Personengesellschaften (vgl. RegE zu einem § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG, Fall 1)
 2. Personengesellschaften mit Einkünften aus verschiedenen Einkunftsarten (Fall 2)
 3. Betrieblich beteiligte Gesellschafter von vermögensverwaltenden Personengesellschaften (Fall 3)
 - a) Gewinnermittlung auf der Stufe der Personengesellschaft oder der Gesellschafter?
 - b) Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Wirtschaftsgütern
 4. Einheitliche Feststellung der Einkünfte
 - II. Gewinnerzielungsabsicht und Liebhaberei
 1. Gewinnerzielungsabsicht bei Personengesellschaften (Einbeziehung des Sonderbetriebsvermögens? Fall 4)
 2. Liebhaberei im Spannungsfeld zwischen Anlaufverlusten und Totalgewinn (Fall 5)
 3. Aufwendung auf Überschusseinkünfte (Fall 6)
 4. Bedeutung der Fremdfinanzierung (Fall 7)
- B) Auswirkungen und Zweifel im Gefolge des Regierungsentwurfs
- I. Die Tatbestände des § 15 Abs. 3 RegE
 1. Gewinnerzielungsabsicht der GmbH & Co. KG erforderlich? (vgl. RegE zu einem § 15 Abs. 3 Halbsatz 1 und Nr. 2 EStG; Fall 8)
 2. Besteuerung der GmbH & Still (Fall des § 15 Abs. 3 Nr. 1 oder 2 RegE? Fall 9)
 - II. Rückwirkungsproblematik
 1. Wirkung auf Gestaltungen im Veranlagungszeitraum 1985 und früher? (z.B. Eintritt einer GmbH als persönlich haftender Gesellschafter in eine Immobilien-KG; § 52 Abs. 20b RegE; Fall 10)
 2. Wirkung auf Berliner Wohnungsbau KG (Wegfall des Wahlrechts nach § 52 Abs. 21 Sätze 7 bis 10 EStG; Fall 11)

2. Stellungnahmen und Fallbesprechungen

5. Generalthema

Neuere Entwicklungen bei der Umsatzsteuer

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referent und Bearbeiter der Arbeitsunterlage

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NRW

unter Berücksichtigung der Aussprache mit dem Referenten und den Teilnehmern

unter Leitung von

Rechtsanwalt Dr. Günther Hallerbach, Duisburg Fachanwalt für Steuerrecht

und Mitwirkung von

Dr. Günter Rau, Bonn, Referent für Umsatzsteuer und Verkehrssteuer im Deutschen Industrie und Handelstag

1. EG-rechtliche Auswirkungen
2. Umsatzsteuerliche Fragen bei grenzüberschreitenden Geschäften
 - a) Bestimmung des Leistungsorts (3 a UStG)
Fall 1 a) mit Lösungshinweis und Aussprache
Fall 1 b) mit Lösungshinweis und Aussprache
 - b) Ausfuhren im Einzelhandel
Fall 2 mit Lösungshinweis und Aussprache
 - c) Grenzüberschreitende Organschaft
Fall 3 mit Lösungshinweis und Aussprache
3. Umsatzsteuerliche Aspekte beim so genannten Bauherrenmodell
 - a) Auslaufen der Zwischenvermietung
Fall 4 mit Lösungshinweis und Aussprache
 - b) BFH-Rechtsprechung zur Zwischenvermietung
Fall 5 mit Lösungshinweis und Aussprache
 - c) Nießbrauch und Umsatzsteuer
Fall 6 mit Lösungshinweis und Aussprache
 - d) Anwendbarkeit des § 4 Nr. 9 a UStG
4. Vorsteuerabzug bei gesellschaftsrechtlichen Verbindungen
 - a) Sonderbetriebsausgaben und Sozietätsurteil des BFH
Fall 7 mit Lösungshinweis und Aussprache
 - b) Gemeinschaften und Unternehmereigenschaft
Fall 8 a) mit Lösungshinweis und Aussprache
Fall 8 b) mit Lösungshinweis und Aussprache
5. Umsatzsteuer bei Sachzuwendungen an Arbeitnehmer
Fall 9 mit Lösungshinweis und Aussprache
6. Auswirkungen des neuen BFH-Urteils zum Eigenverbrauch
 - Fall 10 a) mit Lösungshinweis und Aussprache
 - Fall 10 b) mit Lösungshinweis und Aussprache
 - Fall 10 c) mit Lösungshinweis und Aussprache

6. Generalthema

Ausgewählte ertragsteuerliche Aspekte bei atypischer stiller Beteiligung an einer GmbH einschließlich ihrer Folgen bei Auslandsbeziehungen

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage

Bruno Gassner, Stuttgart, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Reinhard Pöllath, München, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern

unter Leitung von

Dr. Franz Wassermeyer, München Richter am Bundesfinanzhof

1. Einlage des stillen Gesellschafters durch Einbringung eines Betriebs (Teilbetriebs)
2. Zeitliche Zurechnung von Gewinnanteilen (Verlustanteilen) des stillen Gesellschafters
3. Tätigkeitsvergütungen des stillen Gesellschafters
4. Sonderbetriebsvermögen des stillen Gesellschafters
5. Ist die stille Gesellschaft ein Gewerbesteuer-Subjekt?
6. Ausländer als stiller Gesellschafter an einem inländischen Unternehmen
7. Inländer als stiller Beteiligter an einem ausländischen Unternehmen
8. Inländer als stiller Beteiligter an einem im Ausland tätigen, deutschen Unternehmen

7. Generalthema

Formen und Schwerpunkte der Unternehmensfinanzierung in steuerrechtlicher und gesellschaftsrechtlicher Sicht

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage

Professor Dr. Georg Crezelius, Mainz

Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Haarmann, München Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Steuerberater Dr. Wolfgang Haug, Stuttgart

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern

unter Leitung von

Professor Dr. Ludwig Schmidt, München, Richter am Bundesfinanzhof

und Mitwirkung von

Ministerialrat Dr. Arno Bordewin, Bonn Bundesfinanzministerium

Hans-Joachim Fleck, Karlsruhe, Richter am Bundesgerichtshof a.D.

Teil I:

Zivilrechtliche und steuerrechtliche Probleme der Finanzierung von Personengesellschaften

Professor Dr. Georg Crezelius, Mainz

- I. Betriebswirtschaftliche und rechtliche Grundlagen
- II. Personenhandelsgesellschaften
 1. Zivilrecht
 - 1.1. Finanzierungsvorgänge
 - 1.2. Haftungsfragen der §§ 172, 176 HGB
 - a) § 176 HGB
 - b) § 172 HGB
 - 1.3. Konkurs
 2. Steuerrecht
- III. Stille Gesellschaft
 1. Allgemeines
 2. Haftung und Konkurs
 3. Steuerrecht

- IV. Unterbeteiligung
 - 1. Allgemeines
 - 2. Steuerrecht

Teil II:

Finanzierung von Kapitalgesellschaften

Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Haarmann, München Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

- 1. Betriebswirtschaftliche Erfordernisse und steuerliche Rahmenbedingungen
- 2. Probleme der Unterkapitalisierung
- 3. Hybride Finanzierungen, insbesondere Genussrechte
- 4. Fremdfinanzierungen mit Wandlungs- und Optionsrechten

Teil III:

Leasing als Mittel der Unternehmensfinanzierung

Steuerberater Dr. Wolfgang Haug, Stuttgart

- I. Einführung
 - Begriff des Leasing — Abgrenzung — Vertragsgestaltungen — Vorteilhaftigkeit
- II. Zurechnung und Bilanzierung
 - 1. Wirtschaftliches Eigentum
 - 2. Zurechnung bei Vollamortisation
 - 3. Zurechnung bei Teilamortisation
 - 3.1. Andienungsrecht des Leasinggebers (LG), kein Optionsrecht des Leasingnehmers (LN)
 - 3.2. Mehrerlösbeteiligung des LG
 - 3.3. Kaufoption für den LN
 - 3.4. Doppeloption
 - 3.5. Ergebnis
 - 4. Bilanzierung von Leasingverhältnissen
 - 4.1. Zurechnung beim LG
 - 4.2. Zurechnung beim LN
- III. Wesentliche steuerliche Auswirkungen
 - 1. Einkommen- und Körperschaftsteuer
 - 2. Gewerbesteuer
 - 2.1. Zurechnung beim LG
 - 2.2. Zurechnung beim LN
 - 2.3. Reduzierung der Gewerbesteuerbelastung
 - 3. Vermögensteuer
 - 4. Investitionszulagen
 - 4.1. Das Objekt ist dem LG zuzurechnen
 - 4.2. Das Objekt ist dem LN zuzurechnen
 - 4.3. Sonstige öffentliche Zuschüsse

Teil IV:

Fallbesprechungen

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

- 1. Fall
 - Genussrechte ohne Kapitalrückforderung und ohne Beteiligung am Liquidationserlös
 - Lösungshinweise
 - Aussprache

2. Fall
Verzicht auf Gesellschafterdarlehen mit und ohne Besserungsschein
Lösungshinweise
Aussprache
3. Fall
Veräußerung und Wandlung einer stillen Beteiligung
Lösungshinweise
Aussprache
4. Fall
GmbH und Still
Lösungshinweise
Aussprache
5. Fall
Einzelunternehmen als Einlage in Personenhandelsgesellschaft
Lösungshinweise
Aussprache
6. Fall
Grenzen der Zurechnung des Leasingguts beim Leasinggeber
Lösungshinweise
Aussprache
7. Fall
Steuerliche Vorteile der Beteiligung des Leasingnehmers an einer Immobilien-
Vermietungsgesellschaft (KG)
Lösungshinweise
Aussprache
8. Fall
Forfaitierung von Ansprüchen aus dem Leasingverhältnis
Lösungshinweise
Aussprache